

# Made in Germany: Atomausstieg wird zum globalen Schaufenster der Energiewende

**Die Atomkatastrophe in Fukushima hat die deutsche Ausstiegsdebatte beflügelt und sich in einem energiepolitischen Kurswechsel niedergeschlagen, der so nicht zu absehen war. Atomkraft hat in Deutschland keine Zukunft mehr. Auch in den USA hat die Technik an Zustimmung eingebüßt.**

Immerhin, und das ist neu, spricht sich eine Mehrheit der US-Bevölkerung gegen AKW-Neubauten aus. Allerdings können sich die wenigsten Amerikaner vorstellen, ganz auf die Atomkraft verzichten. In einer Rasmussen-Umfrage befürworten nur 29 Prozent einen Atomausstieg – und das auch nur in den nächsten 50 Jahren – 47 Prozent sehen Atomstrom als dauerhaften Teil des Energiemixes.

Wenn man im Frühjahr 2011 die energiepolitische Debatte in den USA verfolgt, reibt man sich als Europäer die Augen. Das gilt sicher umso mehr, wenn man, wie der Autor dieses Textes, den Reaktorunfall von Tschernobyl in seiner eigenen Kindheit als physische Bedrohung erlebt hat, und mit Anti-AKW-Bewegung und dem rot-grünen Atomausstieg groß geworden ist.

## Welche Konsequenzen ziehen die USA aus Fukushima?

Für die erste Stellungnahme seiner Regierung zum japanischen Reaktorunglück hat Präsident Obama das Energieministerium und die Atomaufsichtsbehörde vorgeschickt. Deren Vertreter ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass die Regierung unbeeindruckt an der Atomkraft und weiteren Ausbauplänen festhält. Daniel Poneman, Staatssekretär im Energieministerium, erklärt, dass die Atomkraft fester Bestandteil im Energiemix der USA bleiben werde: "Each event as it occurs is taken into account, but we don't change from day to day our approach. Nuclear power has been a critical component to the U.S. energy portfolio [and] [...] we do see nuclear power as playing an important role in building a low-carbon future."<sup>1</sup> Ähnlich äußern sich Politiker beider Parteien.

Die Gründe für die atomfreundliche Stimmung sind vielfältig. Die USA sind der größte Atomstaat der Welt. Von den rund 435 Reaktoren weltweit betreiben sie 104. Damit deckt Atomkraft rund 20 Prozent der landesweiten Stromnachfrage ab. Der Anteil der Atomkraft ist

am Gesamtmix damit zwar kleiner als in Deutschland. Dafür hat die Industrie großes politisches Gewicht. Ihr müsste, so möchte man meinen, angesichts der Reaktorkatastrophe in Japan der Wind kräftig ins Gesicht blasen. Doch Dank der vielfältigen Werbekampagnen und intensiver Lobby-Arbeit der letzten Jahre ist sie in der Öffentlichkeit weithin als sichere, zuverlässige und saubere Energie akzeptiert.

Über Jahre hinweg wurden enge Verbindungen zu den Politikern der Republikaner und Demokraten aufgebaut. Die Krakenarme der Lobby reichen weit in beide Parteien hinein. Das Nuclear Energy Institute ist dabei der sichtbarste Akteur. Es ist der Lobbyverband der Atomindustrie in seiner gesamten Prozesskette: vom Uranbergbau über den Reaktorbau und die Brennstoffversorgung bis hin zur Atomstromproduktion. Seine Lobbyisten halten einen guten Draht zur Regierung und den Abgeordneten im Kongress. Allein im letzten Wahlkampf 2010 wurden Politiker beider Parteien mit rund 4 Millionen US Dollar unterstützt. Das Nuclear Energy Institute schaltet hübsche Werbekampagnen wie die Clean and Safe Energy Coalition<sup>2</sup> zur Akzeptanzsteigerung. Mit solchen Kampagnen betreibt die Lobby ein Greenwashing<sup>3</sup> und überschreitet die Grenzen des Erlaubten dabei immer wieder.<sup>4</sup> Neben dem Dachverband spielen die großen AKW-Betreiber und ihre Mutterkonzerne eine wichtige Rolle. Sie haben im letzten Wahlkampf einen zweistelligen Millionenbetrag für Lobbying und Wahlkampfspenden ausgegeben. Die Unternehmen honorieren dabei insbesondere die Abgeordneten der Bundesstaaten, wo ihr Stammsitz liegt, sowie Politiker in Spitzenpositionen.

Demokraten wie Republikaner werden beide von der Atomindustrie finanziell gepöppelt

Es sind aber vor allem die Republikaner, die seit langem an einer Renaissance der Atomenergie in den USA

feilen. Die konservativen Pläne sind reinste Wolkenkuckucksheime. Ginge es nach ihnen, würden in den nächsten zwei Jahrzehnten 100 neue AKWs gebaut werden (zusätzlich zu den aktuell laufenden 104 Atommeilern). Das ist finanziell, aber auch von den Planungsabläufen her, vollkommen unrealistisch. Von einem „all-of-the-above“-Ansatz wird gerne gesprochen, bei dem keine Energieform ausgeschlossen werden soll.<sup>5</sup> Doch das ist politische Irreführung in Reinform. Dahinter verbirgt sich eine knallharte Agenda für mehr Öl- und Gasbohrungen, mehr Kohle- und mehr Atomkraftwerke.

Anders als in Deutschland ist auch das Verhältnis der Umweltbewegung zur Atomkraft. Zum einen ist da die Anti-Atombewegung, die in den Wochen nach Fukushima wie ein Löwe gekämpft hat. Doch die Bewegung ist klein und hat im Vergleich zur Gegenseite wenige Ressourcen. Hinzu kommt, dass die Atomindustrie an der Seite der Umweltbewegung für ein nationales Klimagesetz gekämpft hat. Vom Emissionshandel versprachen sich die Betreiber Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Kohlestrom. Da die Atomwirtschaft eine der wenigen Stimmen aus der Industrie ist, die mehr Klimaschutz und eine Verschärfung der Schadstoffstandards für konventionelle Kraftwerke fordert, herrschte mit weiten Teilen der Umweltbewegung in den letzten Jahren ein Waffenstillstand.

Die Gefechtslage verdeutlicht, dass die Atomindustrie politisch fest im Sattel sitzt. Doch zu einer Atomrenaissance wird es auch in den USA nicht kommen. Ausufernde Kosten und billiges Erdgas machen der Industrie zu schaffen. Den Bankhäusern an der Wall Street sind die Neubaupläne zu teuer und zu risikoreich.<sup>6</sup> Selbst mit staatlichen Milliarden-Bürgschaften, die von Obama unterstützt werden, sind neue AKWs in den USA nicht finanzierbar. Atomkraftgegner fürchten deshalb auch nicht die große Atomwelle, wie sie die Lobby und manche Politiker herbeireden wollen. Immerhin, erste Abgeordnete und Atomexperten rufen jetzt nach einem Moratorium für Neubauten in erdbebengefährdeten Gebieten und fordern eine Überprüfung der Sicherheitspläne

im Fall von Naturkatastrophen. In einzelnen Bundesstaaten wie New York, Vermont und Kalifornien steigt der Druck, alte Meiler dauerhaft abzuschalten. So langsam bröckelt die pro-Atomstimmung in den USA.


### Skepsis und Neugier gegenüber dem deutschen Atomausstieg

Dass die Bundesregierung auf einen Schlag acht alte Meiler dauerhaft abschaltet und einen Komplettausstieg bis zum Jahr 2022 beschließt, sorgt für Aufsehen in Washington DC. Im politischen Mainstream überwiegt die Skepsis zum deutschen Atomausstieg. Große Zeitungen wie die Washington Post oder das Wall Street Journal wettern in langen Kommentaren gegen den Ausstiegsplan und halten ihn für wenig realistisch.

Doch in die Skepsis mischt sich auch Neugier. Denn die Deutschen haben sich zum globalen Marktführer in den erneuerbaren Energien gemauert. Noch dazu ist es eine konservative Regierung, die bei der Energiewende aufs Tempo drückt. Und dann gibt es da noch diese Sicht auf das Land der bewundernswert zuverlässigen Technik made in Germany. Die Deutschen, so das Klischee, haben aus Ruinen ein Wirtschaftswunder geschaffen, bauen hervorragende Autos, und scheinen das Ingenieurs-

Gen irgendwie in die Wiege gelegt bekommen zu haben. Wenn einem Land auf der Welt die Umsetzung einer so ambitionierten Technologiestrategie zugetraut wird, dann Deutschland. In den landesweiten Sendungen der Radioshows beglückwünschen viele Anrufer Deutschland für dessen Weitsicht. Diesen Optimismus, etwas Neues zu wagen, ohne jede offene Frage im Voraus beantworten zu können, hätten US-Politiker längst verloren. Deutschland hingegen zeige den Mut, den Aufbruch ins Solarzeitalter ernsthaft anzupacken. Die Deutschen, so einer der Kommentare, seien einfach can-do people.

Die Mehrheit der Amerikaner mag die atomkritische Haltung der Deutschen nicht teilen. Doch wie Deutschland den Ausstieg aus der Atomkraft mit dem Einstieg ins Solarzeitalter verbindet, wird ihnen schon bald imponieren. Die Beharrungskräfte in den USA und rund um die Welt schauen dagegen mit Argusaugen auf Deutschland. Sie lauern darauf, dass der Umbau ins Stottern gerät und werden jegliche noch so kleine Panne oder Engpass in der deutschen Stromversorgung nutzen, die erneuerbaren Energien als unzuverlässig, kostspielig und überflüssig darzustellen. Der Atomausstieg ist in dieser Hinsicht bedeutender, als den meisten Akteuren in Deutschland bewusst sein dürfte.

Deutschland wird zum globalen Schaufenster der Energiewende. Der Atomausstieg ist beides, Chance und doch gleichzeitig Gefahr. Rückschläge beim deutschen Atomausstieg werden weltweit dazu genutzt werden, um die erneuerbaren Energien auszubremsen und an den alten fossil-nuklearen Energiesystemen festzuhalten. Wenn hingegen Wind, Sonne, Biomasse und intelligente Netze schon bald zum zuverlässigen Pfeiler der deutschen Wirtschaftskraft werden, wird Deutschland zum Vorbild einer globalen Energiewende. Diese Chance sollten wir nutzen. 

Arne Jungjohann

*Der Autor leitet das Programm Umwelt und Globaler Dialog der Heinrich-Böll-Stiftung in Washington DC. Davor hat er als Berater für Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag u.a. zum Atomausstieg gearbeitet.*

- 1 Zitiert nach King, Bob: White House remains committed to nukes. Politico. 14.03.2011. <http://www.politico.com/news/stories/0311/51274.html>
- 2 <http://casenergy.org>
- 3 Greenpeace: The Nuclear Energy Institute - Green Washing Nuclear Power. 11.9.2008. <http://www.greenpeace.org/us/en/news-and-blogs/campaign-blog/the-nuclear-energy-institute-green-washing-nuclear-blog/25424>
- 4 Public Citizen: Industry Ads Overstate Environmental Benefits of Nuclear Energy. Pressemitteilung vom 2.6.1999. <http://www.citizen.org/pressroom/pressroomredirect.cfm?ID=412>
- 5 Upton, Fred: An „All of the Above“ Energy Policy. Homepage des Abgeordneten am 3. April 2011. <http://upton.house.gov/Issues/Issue?IssueID=8543>
- 6 Boyd, Michele: Is there a nuclear revival in the United States? October 2010. Heinrich Böll Stiftung North-America. [http://boell.org/downloads/Boyd\\_Is\\_there\\_a\\_Nuclear\\_Revival\\_in\\_the\\_United\\_States.pdf](http://boell.org/downloads/Boyd_Is_there_a_Nuclear_Revival_in_the_United_States.pdf)

## Rezension

### Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt

Tim Jacksons Buch zu einem neuen Verständnis von Wohlstand überschreitet die auch unter Ökologen gängige Praxis, den Güterkreislauf als Abbild des Ganzen der Wirtschaft zu betrachten. Jackson will das industrielle Wirtschaftsmodell reparieren, um den Blick frei zu machen für menschliches Gedeihen jenseits einer auf Produktion und Konsum fixierten Wirtschaftsweise.

In der Auseinandersetzung mit der Struktur von Marktwirtschaften kritisiert er das BIP als Messgröße von Wohlergehen ebenso wie als Rahmen für ökologisches Wirtschaften. Er plädiert für eine bessere Versorgung mit öffentlichen Gütern und für den Abbau von Hierarchien zugunsten von mehr sozialer Gleichheit. Zwischenmenschlichkeit, die Stärkung von Gemeinschaften, hält er für wesentliche Merkmale eines weniger materialintensiven Wirtschaftsmodells.

Das Buch beschränkt sich jedoch keineswegs auf die Darstellung eines alternativen Verständnisses von Wirtschaften oder die Entwicklung von Leitlinien für zukunftsfähiges Regierungshandeln. Jackson appelliert mit Nachdruck an die ökonomische Fachdisziplin, eine Wirtschaftswissenschaft auszuarbeiten, die den Herausforderungen ökonomisch/ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit gerecht wird. Gleichzeitig möchte er mit seinem Buch eine intensive öffentliche Debatte über die Vielschichtigkeit der Wachstumsproblematik in Gang bringen.

Zu bedauern ist, dass der Autor – durchaus im Einklang mit dem ökonomischen Mainstream und dem Wirtschaftsverständnis der Umweltbewegung – das Geschlechterverhältnis als konstitutives Element der industriellen Wirtschaftsweise ausklammert. Haus-

halte identifiziert er mit ‚Menschen‘ und übersieht dabei, dass der private Haushalt im industriellen Güterkreislauf eine höchst zwiespältige Rolle innehat. Wer immer den von Jackson eingeschlagenen Weg weiter verfolgt, wird nicht umhin können, auch die Struktur des ausgeblendeten Privatbereichs in die Analyse einzubeziehen. 

Tim Jackson,  
Wohlstand ohne Wachstum,  
oekom Verlag, 2011,  
240 Seiten, 19,95 €,  
ISBN 978-3-86581-245-2

Rezensiert von Elisabeth Stiefel

*Die Autorin ist Mitglied der AG Frauen des Forums U&E und des Frauen Forums der KölnAgenda e.V.*

